

Kritisch bleiben, selbstkritisch bleiben, solidarisch bleiben!

Liebe Kritiker:innen der Corona-Maßnahmen
und liebe Kritiker:innen der Kritiker:innen!

Beim Thema Coronakrise gehen bisweilen die Wogen hoch. Das ist zutiefst verständlich, weil sowohl durch die Gegenmaßnahmen als auch durch das Unterlassen solcher Maßnahmen unkalkulierbare dramatische Wirkungen zu befürchten sind.

Dennoch oder gerade deshalb finde ich es wichtig, dass wir als Teil der uns gemeinsamen emanzipatorischen Bürgerbewegung keine Tischtücher zerschneiden, einander nicht verletzen oder einander überbieten in radikalen Verdammungsurteilen der jeweils anders Denkenden. Vielmehr sollten wir einander und uns selbst solidarisch immer neuen Weg zu einer gemeinsamen Rationalität eröffnen. Dazu will ich mit diesem Brief ein wenig beitragen.

Was uns – jenseits der Corona-Debatte – vermutlich alle verbindet, ist die sehr gut begründete Kritik an den Regierenden, dass sie sich etwa bei praktisch allen Beschlüssen zu Stuttgart 21 in einem Feld zwischen Korruption, Opportunismus, Irrationalität und Corpsgeist bewegen, was massive Schäden für die Gesamtgesellschaft zur Folge hat. Wir sehen auch, dass diese Regierenden z.B. auch beim Umgang mit der drohenden Klimakatastrophe ähnliche Fehlhaltungen einnehmen. Und wir könnten noch viele Beispiele nennen, in denen ebenfalls ähnliches geschieht.

Es ist allerdings ein intellektueller Kurzschluss, wenn wir aus alledem ableiten, dass überhaupt alles, was diese Regierenden beschließen, schon deshalb korrupt, irrational usw. sei, nur weil es eben diese Regierenden beschlossen haben. Es bedarf jeweils der konkreten Analyse und nicht des Generalverdachts, der alle Urteile vorbestimmt.

Und schließlich ist die Frage, ob jede einzelne der Maßnahmen gerechtfertigt und ausgewogen ist, zu unterscheiden von der Frage, ob überhaupt einschneidende Maßnahmen nötig sind. Allein die Feststellung, dass einzelne oder gerne auch alle Maßnahmen fehlerhaft sind, ersetzt nicht die sorgfältige Klärung der grundsätzlichen Frage, wie gefährlich das Virus ist und ob deshalb überhaupt Maßnahmen erforderlich sind.

Fünf Missverständnisse scheint es mir im Wesentlichen dabei zu geben:

1. Missverständnis: Die Gefährlichkeit sei an den Zahlen abzulesen

Immer wieder lese ich das Argument: Die teils – zum Glück – noch nicht sehr hohen Zahlen belegten die Ungefährlichkeit des Virus. Die teils relativ geringen Ansteckungszahlen und die Zahlen der unter Beteiligung des Virus Verstorbenen, gäben es nicht her, daraus derart drastische Maßnahmen zu begründen, wie sie z.B. in unserm Land immer mehr verhängt werden. Das ist sicher richtig, aber die Gefährlichkeit von Covid 19 wird auch weder an diesen Zahlen abgelesen noch mit ihnen begründet.

Vielmehr machen im Wesentlichen drei Dinge diese Gefährlichkeit aus, die alle drei nicht in Zahlen zu fassen sind: 1. Es gab bei Ausbruch der Pandemie – im Unterschied zu anderen Grippewellen – weltweit noch keinen Menschen, der gegen das Virus (oder

wenigstens mit ihm verwandte) Immunkörper hatte. 2. Die Wirkungen des Virus sind – im Unterschied zu anderen Grippeviren – völlig unbekannt, auch wenn sich immer wieder Einzelne zu Wort melden und Gegenteiliges behaupten; erst nach und nach gibt es einzelne Wahrscheinlichkeiten, aber noch lange keine gesicherten Erkenntnisse (z.B. welche Bevölkerungsgruppen besonders gefährdet sind, wie stark es auch andere Organe als die Lunge angreift, welche Wirkungen es langfristig auf den menschlichen Organismus hat, ob und wie lang anhaltend eine erworbene Immunität wirkt ...). 3. Das Virus verbreitet sich extrem schnell, weil es vor allem im Nasen- und Rachenbereich sitzt und deshalb mit jedem Niesen, Husten oder auch nur kräftigen Ausatmen an die Umgebung abgegeben wird.

Ob die Zahlen der bereits Angesteckten oder Verstorbenen hoch oder niedrig sind, hat mit alledem gar nichts zu tun. Im Gegenteil sogar: Es ist ja das erklärte Ziel aller betroffenen Länder, die Zahlen gering zu halten. Diese Erfolge als Beleg für die Ungefährlichkeit des Virus zu nehmen, ist ein logischer Fehler.

Grundsätzlich gilt aber sicher: Es sind nie Zahlen allein, die etwas belegen, sondern immer Interpretationen dieser Zahlen, durch die diese Zahlen untereinander und mit anderen Fakten in Zusammenhang gebracht werden.

2. Missverständnis: Es gebe einen belastungs- und risikofreien Weg der Reaktion

Es hat mich sehr beeindruckt, mit welchem klarem Blick in vielen Äußerungen der Focus auf gesellschaftliche Gruppen gerichtet wird, die besonders unter den verhängten Maßnahmen zu leiden haben: Wohnsitzlose, Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche usw. Und es ist möglicherweise ein gutes Zeichen für die Wertschätzung des Grundgesetzes, in welchem Maße Einschränkungen von Grundrechten beklagt werden. Auch ist es ganz sicher ein Zeichen von Realitätssinn, wenn immer wieder auf die Gefahren für die Wirtschaft und damit für die Gesellschaft als ganze und speziell die Lohnabhängigen hingewiesen wird.

So wichtig es ist, alle diese gesellschaftlichen Bereiche im Blick zu haben, so wichtig scheint mir aber auch, diese nicht gegeneinander auszuspielen, sondern anzuerkennen: Im Dreieck von sozialen und psychischen Folgen, grundgesetzlichen Freiheitsrechten und wirtschaftlichen Gefahren gibt es keinen Weg, alle drei Parameter zu schonen, ohne dabei das Gesamtrisiko zu erhöhen. Wenn immer ich in einem der drei Bereiche Einschränkungen abschwäche, muss ich in einem anderen Bereich diese verstärken, wenn ich das Gesamtrisiko nicht erhöhen will.

3. Missverständnis: Man könne die Einschränkungen rational abwägen

So richtig es ist, gedankliche Engführungen aufzubrechen, einen allein auf die Wirtschaft gerichteten Blick mit sozialen Fragen und Bürgerrechten zu konfrontieren, so richtig ist leider auch, dass sie praktisch nicht rational und objektiv gegeneinander abgewogen werden können. Bei den aktuellen Debatten über Einschränkungen müssen unvergleichbare Bereiche verglichen und gegeneinander abgewogen werden: Wie viele Milliarden an wirtschaftlichem Schaden sind wie großen psychischen Schäden oder einer Ausgangssperre gleichwertig? Oder ist es unethisch, Bürgerrechte überhaupt gegen andere Werte abzugleichen? Und psychische und soziale Beeinträchtigungen – darf man sie überhaupt in Beziehung zu wirtschaftlichen Fragen setzen?

Jede Diskussion über Einschränkungen leidet von vornherein unter dieser Aporie: Jedes Abwägen von Unvergleichlichem trägt den Vorwurf des moralischen Skandals schon in sich. In diesem Minenfeld ist es gut, wenn einzelne gesellschaftliche Gruppen sich den Schutz bestimmter Werte zum Ziel setzen und dies in die Debatte einbringen. Aber jede moralische Hochrüstung, dass es

ein unverzeihlicher Skandal sei, wenn der „eigene“ Wert nicht vorgezogen werde, sollte man sich verkneifen.

Zumal die Bereiche ja auch noch Interdependenzen haben: Welchen wirtschaftlichen Schaden richten z.B. psychische Beeinträchtigungen an? Welche psychischen Schäden richten umgekehrt wirtschaftliche Einbrüche an? Und wie dem Recht auf Eigentum die Sozialpflichtigkeit des Eigentums gegenübersteht, so muss auch jedes andere Grundrecht auch verstanden werden als Verpflichtung zum Gemeinwohl. Niemand empfindet es als Eingriff in seine Freiheitsrechte, wenn er an einer roten Ampel anderen Verkehrsteilnehmern den Vorrang lassen muss. Und niemand kann es ernsthaft als gefährlichen Eingriff in unsere Grundrechte empfinden, wenn er in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird, weil er eine gefährliche ansteckende Krankheit hat – andernfalls könnten Grundrechte zur Waffe im Kampf aller gegen alle werden.

Also meine Bitte: Bleiben wir fair und intellektuell redlich, wenn wir bei der Kritik einzelner Maßnahmen diese gegeneinander in Stellung bringen. Fordern wir nicht das Unmögliche und schließen wir nicht aus dem Misslingen des Unmöglichen die Unfähigkeit der Beteiligten.

Dokumentieren wir aber alle Mängel und Fehler bei der Bewältigung der Krise. Und entwickeln wir aus der Analyse des allen schon heute Forderungen für eine Reform des Gesundheitswesens, ja, der ganzen Wirtschaft und Gesellschaft. Aber fordern wir nicht, dass das aktuell schon umgesetzt sein müsste.

4. Missverständnis: Mangelhafte Beschlüsse seien grundsätzlich aktuelles Versagen

Die Corona-Beschlüsse in unserem Land sind selbstverständlich durchweg angreifbar, weil sie auf einem viele Jahre lang kaputtgesparten, lobbybestimmten und auf Rendite getrimmten Gesundheitssystem und dessen eingeschränkten Möglichkeiten basieren und die dadurch verursachten Beschränkungen notgedrungen zur Voraussetzung haben. Kritik an diesen Maßnahmen darf deshalb nicht so tun, als könnten die Versäumnisse der Vergangenheit nun von den Regierenden einfach übergangen werden (so konnte man natürlich keine Maskenpflicht verhängen, solange es nicht genügend davon gab, und es gehört zum beklagenswerten, aber bekannten politischen Spiel, dass man dann solange Masken für sinnlos erklärt, solange man noch keine hat). Auch nicht, dass die Regierenden schon vor Jahren durch das warnende Szenario auf die Pandemie hätten vorbereitet sein können, ändert etwas daran, dass sie faktisch aktuell nicht vorbereitet sind, und nur darauf ihre aktuellen Entscheidungen basieren können. Es ist zu kritisieren, dass sie nicht vorbereitet sind, aber es ist nicht zu kritisieren, dass ihre Entscheidungen nun auch darauf basieren.

Zudem finden alle Beschlüsse unter massivem Zeitdruck statt; sie können nur kurzzeitig debattiert und so gut wie gar nicht auf ihre Angemessenheit hin vorab überprüft werden. Die Unsicherheit und Fehleranfälligkeit von Beschlüssen darf deshalb nicht eins zu eins den Entscheidern angelastet werden; sie ist größtenteils systembedingt. Und der Vorwurf ist wohlfeil, weil es gar nicht anders sein kann, als dass unter den gegebenen Umständen auch schwere Fehler begangen werden.

5. Missverständnis: Weil die wissenschaftliche Basis schwach sei, sei sie falsch

Die Corona-Beschlüsse sind auf Basis wissenschaftlicher Beratung getroffen worden und werden es weiterhin, die von Anfang an und bis heute – und auch durchweg zugegebenermaßen – ein riesiges Ungewissheitspotenzial hat. Weil die Datenerhebung weltweit uneinheitlich geschieht. Weil die Daten immer nur Aussagen über zurückliegende Situationen machen können (weil Testergebnisse immer nur sagen, was bis gestern gegolten hat und weil Maßnahmen immer erst mit ein- bis zweiwöchiger Verzögerung wirken). Weil für gesicherte Prognosen viel zu wenig über das Virus bekannt ist.

Das Ungewissheitspotenzial rund um Corona ist dermaßen groß, dass wir gut daran tun, uns mit grundsätzlichen Bewertungen zurückzuhalten. Wir sind fraglos einem weltweit höchst bedrohlichen Risiko ausgesetzt, dessen tatsächliche Größe aber von niemandem sicher einschätzbar ist. Wir müssen den Graben aushalten, dass wir zwar sehr gezielt handeln müssen – im Interesse jedes Einzelnen und im Interesse der gesamten (Welt-)Gesellschaft –, aber sehr wenig wissen. Das macht Oppositionsarbeit sehr schwierig und lähmt sie bisweilen – sollte sie aber zusammenführen, nicht trennen.

Unsere – inner- und außerparlamentarische – Opposition hat in so vielen Bereichen hervorragende Analysen geleistet, wichtige Schwachstellen aufgedeckt, wegweisende Ziele formuliert. Dividieren wir uns angesichts einer Pandemie mit ungewissem Ausgang nicht auseinander! Und schließen wir nicht daraus, dass – wenn irgendwann vielleicht einmal alles hinter uns sein sollte – sich manche Entscheidungen als richtig und andere als falsch herausstellen werden, dass die Entscheider das vorher hätten wissen können. Sie tapen alle im Dunkeln; sie fahren alle auf Sicht; sie versuchen alle die Risiken einzuschätzen und irgendwie zu minimieren. Wer dabei wie Recht hat, lässt sich aufrichtigerweise heute noch nicht sagen. Weder partielle oder kurzzeitige Erfolge der einen oder anderen Reaktionsweise dürfen uns dazu verleiten, sie schon jetzt als die richtigen zu propagieren (womöglich als die für alle Länder mit ihren höchst unterschiedlichen Bedingungen gleichermaßen richtigen) – erst Recht nicht der Umstand, dass die eine oder andere Reaktionsweise unseren eigenen Wertvorstellungen entgegen kommt. Das können wir alles sachgemäß erst rückblickend bewerten.

In diesem Sinne bis dahin: Bleiben wir gemeinsam auch gesundheitlich oben und eine solidarische, kritische, aber auch selbstkritische Opposition.

Mit herzlichen Grüßen
Martin Poguntke
Stuttgart, 26. April 2020